https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/4270

Gen-ethischer Informationsdienst

Doppelstandards und Pestizidgefahren im globalen Süden

Die deutsche Agrarchemieindustrie profitiert vom Export hochgefährlicher Pestizide

AutorIn
Wiebke Beushausen



Foto: gemeinfrei auf pixabay.com

Von vielen Pestiziden geht eine akute Gefahr für die menschliche Gesundheit aus. Trotzdem ist ihre Anwendung vielerorts nach wie vor möglich. Davon profitiert die deutsche Agrarchemieindustrie, die hochgefährliche und in der EU nicht genehmigte Wirkstoffe im globalen Süden auf den Markt bringt.

Die Liste der Pestizidskandale ist lang. Zuletzt sorgten die Paraquat-Papers für Furore. Paraquat ist der Wirkstoff des weit verbreiteten Herbizids Gramoxone und wirkt bereits in kleinen Mengen tödlich. Interne Dokumente belegen nun, dass die Herstellerfirma Syngenta aus Kostengründen wissentlich auf die Beigabe

einer wirksamen Dosis Brechmittel verzichtete. Dies hätte tausenden von Menschen weltweit das Leben retten können.1 Traurige Berühmtheit erlangte auch Chlorpyrifos. Der Wirkstoff kam noch jahrelang als Insektizid in der EU zum Einsatz – obwohl der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eindeutige Untersuchungsergebnisse vorlagen, die eine Schädigung der Gehirnentwicklung bei Neugeborenen durch den Wirkstoff belegten. Doch Chlorpyrifos und Paraquat sind nur die Spitze des Eisbergs.

Lukratives Geschäft trotz akuter Gefahren

Die im März 2021 veröffentlichte Liste des Pesticide Action Network (PAN) stuft derzeit 338 Wirkstoffe als hochgefährlich ein. Dabei erfolgt die Gefahreneinstufung anhand von Kriterien wie akuter Toxizität, chronischem Gesundheitsrisiko oder Umwelttoxizität. Obwohl es gute Gründe gäbe, diese Wirkstoffe allesamt zum Schutz von Mensch und Umwelt zu verbieten, werden viele von ihnen international gehandelt und kommen so auf den Ackerflächen dieser Welt zum Einsatz. Daran verdient auch die deutsche Agrarchemieindustrie: bei Bayer und BASF machte der Verkauf von hochgefährlichen Ackergiften zuletzt deutlich mehr als 20 Prozent des Jahresumsatzes innerhalb ihrer Pestizidsparten aus.2

Anstieg der Pestizidvergiftungen vor allem im globalen Süden

Nebenbei wächst der globale Pestizidmarkt unaufhaltsam. Zwischen 1990 und 2018 hat sich der weltweite Einsatz in der Landwirtschaft von 2,3 auf 4,1 Mio. Tonnen so nahezu verdoppelt.3 In dem gleichen Zeitraum stieg auch die geschätzte Anzahl der akuten, unbeabsichtigten Pestizidvergiftungen, von damals 25 Mio. auf aktuell 385 Mio. Fälle pro Jahr, dramatisch an. Neben akuten Vergiftungserscheinungen wie Erbrechen und Kreislaufstörungen gehören auch chronische Erkrankungen wie Krebs, neurologische Schädigungen oder Fruchtbarkeitsstörungen zu den Folgen. Davon betroffen sind überwiegend die in der Landwirtschaft tätigen Bäuer*innen und Landarbeiter*innen des globalen Südens. Besonders hoch sind die Schätzungen für Burkina Faso, wo circa 84 Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung an mindestens einer Pestizidvergiftung pro Jahr erkrankt. Ähnlich hohe Zahlen verzeichnen Kuweit und Pakistan (jeweils 82 Prozent), sowie Malawi, Tanzania, Uganda, Nigeria, Kolumbien, Venezuela, Kambodscha und Nepal (jeweils mehr als 60 Prozent). Für alljährlich circa 11.000 Menschen endet der Kontakt mit den Ackergiften sogar tödlich. Allein 60 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich in Indien.4 Insgesamt sind die Menschen in den Ländern des globalen Südens also besonders betroffen. Grund dafür sind in vielen Fällen die fehlenden behördlichen Strukturen oder laxen Zulassungsverfahren, die den Einsatz von besonders gefährlichen Wirkstoffen von vornerein verhindern könnten. Ebenso mangelt es vielerorts an adäquatem Arbeitsschutz: nicht vorhandene Schutzkleidung sowie fehlende Mindestabstände zwischen Feldern und Unterkünften der Landarbeiter*innen erhöhen das Risiko bei der Pestizidausbringung.5

Die allgegenwärtige Bedrohung

Die Herstellerfirmen der Pestizide verweisen meist auf die „sichere Anwendung“, durch die ihre Produkte als Gefahrenquelle ausgeschlossen werden könnten. Dieses Argument wirkt angesichts der Realität auf den Feldern und Plantagen vor Ort jedoch fast zynisch. Dies wird exemplarisch in den Zuckerrohr-Anbaugebieten in Zentralamerika deutlich. In der Region zwischen Mexiko und Panama sind in den letzten zehn Jahren rund 20.000 Menschen an chronischem Nierenversagen verstorben.6 Als Ursache steht der massive Einsatz der Herbizide Paraquat und Glyphosat im Verdacht. Die Kleinbäuerin Corina Martínez lebt im nicaraguanischen Landkreis El Viejo in unmittelbarer Nähe zu den Zuckerrohrplantagen, die ihre Gemeinde umgeben. Sie berichtet von Flugzeugen und Traktoren, die alle zwei Wochen kommen, um die Pestizide über den Feldern zu versprühen. Das Ausbringen von Ackergiften mit dem Flugzeug gilt als besonders gefährlich, da die Wirkstoffwolken mit dem Wind über weite Distanzen transportiert werden können. Eine sichere, kontrollierte Anwendung kann so nicht gewährleistet werden. Außerdem verbleiben die Pestizide nicht auf den Zielpflanzen, sondern sickern nach Regenfällen in den Boden und weiter ins Grundwasser. So erzählt Corina

Martínez: „Unser Wasser ist kontaminiert. Von unserem Brunnen trinke ich schon lange kein Wasser mehr. Selbst wenn ich verdursten würde, keinen Schluck würde ich aus diesem Brunnen trinken!“

Gefährliche Doppelstandards

Angesichts der gravierenden Auswirkungen des Pestizideinsatzes liegt die Vermutung nahe, dass die Herstellerfirmen sich hier einer groben Verletzung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten schuldig machen. Noch brisanter macht dies die Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der aus Deutschland exportierten Wirkstoffe über keine entsprechende Genehmigung in der EU verfügt. Somit werden wissentlich Pestizidprodukte im globalen Süden vermarktet, deren Einsatz hierzulande aufgrund nicht akzeptabler Gefahren für Gesundheit und Umwelt zu Recht verboten ist. Als ein Beispiel für diesen Doppelstandard dient der Wirkstoff Glufosinat. Über die jährliche Exportstatistik des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) lässt sich nachvollziehen, dass im Jahr 2019 etwa 25 bis 100 Tonnen glufosinathaltige Herbizide aus Deutschland exportiert wurden.7 Der Wirkstoff besitzt seit August 2018 keine EU-Genehmigung mehr und wurde aufgrund seiner Langzeiteffekte als „wahrscheinlich reproduktionstoxisch beim Menschen“ eingestuft. In den gesetzlich geforderten Tierversuchen hatte der Wirkstoff Tot-, Fehl- und Frühgeburten ausgelöst.8 Allerdings hindert derzeit nichts die Agrarchemiekonzerne daran, den Wirkstoff Glufosinat trotz seiner alarmierenden Gefahrenbewertung herzustellen und auszuführen. Dort, wo die nationalen Zulassungsverfahren niedrigschwelliger sind, entsteht so ein attraktiver Absatzmarkt für hochgefährliche Pestizidprodukte.

Freiwillige Selbstverpflichtungen werden nicht eingehalten

In Anbetracht der lauter werdenden Kritik hatten sich sowohl Bayer als auch BASF 2013 öffentlich dazu verpflichtet, hochgiftige bzw. extrem giftige Wirkstoffe künftig nicht mehr zu vermarkten.9 Darunter fallen Stoffe, bei denen eine tödliche Wirkung bereits bei der Einnahme von geringen Dosen unter 50 Milligramm (hoch giftig) beziehungsweise 5 Milligramm (extrem giftig) pro Kilogramm Körpergewicht eintritt. Allerdings konnte zuletzt über den Verweis auf die entsprechenden Länderportfolios gezeigt werden, dass Bayer nach wie vor Pestizidprodukte mit dem hochgiftigen Wirkstoff (Beta)-Cyfluthrin in Brasilien, Mexiko und Südafrika vertreibt.8 Das BVL schätzte den deutschen Export des Wirkstoffs in seinem letzten Bericht auf 25 bis 100 Tonnen. Außerdem stellt der Leverkusener Konzern weiterhin das hochgiftige Fenamiphos in seinen japanischen Niederlassungen her, welches später in Produkten anderer Hersteller zum Einsatz kommt. Sowohl (Beta)-Cyfluthrin als auch Fenamiphos besitzen aufgrund ihrer akuten Toxizität keine Genehmigung in der EU. In beiden Fällen wird deutlich, dass die freiwilligen Selbstverpflichtungen seitens der Agrarchemiekonzerne nicht ausreichen, um der Verbreitung von hochgefährlichen Wirkstoffen Einhalt zu gebieten.

Längst überfällig: nationale Gesetzgebung

Um die internationale, in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung besser zu schützen, braucht es in Deutschland dringend einen Exportstopp von in der EU verbotenen Pestiziden. Dies machte auch der UN-Sonderberichterstatter Marcos Orellana in seinem Brief deutlich, mit dem er sich im Februar 2021 an die Bundesregierung wandte. Darin übte er scharfe Kritik an den „abscheulichen Doppelstandards“, durch die die Menschenrechte im globalen Süden mit Füßen getreten werden.10

Doch leider stieß er damit bislang auf taube Ohren – ein entsprechender Antrag stieß im Bundestag auf wenig Zustimmung.11 Dabei machen andere EU-Mitgliedsstaaten bereits vor, dass es auch anders gehen kann: In Frankreich tritt ab 2022 ein Gesetz in Kraft, das die Herstellung, Lagerung und den Export jener Pestizidwirkstoffe und -produkte verbietet, die in der EU aufgrund von Gesundheits- und Umweltrisiken nicht genehmigt sind. Ein ähnliches nationales Gesetz nach diesem Vorbild ist auch in Deutschland längst überfällig. Dass die Bundesregierung trotz akutem Handlungsbedarf nicht tätig wird, kann nur als grob fahrlässig bezeichnet werden. Das skrupellose Ausnutzen von Doppelstandards zählt wiederum unumstritten

zu einem der größten Pestizidskandale unserer Zeit.

- 1Public Eye / Unearthed (2021): The Paraquat Papers. Online: www.kurzelinks.de/gid257-ph [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 2Public Eye / Unearthed (2020): Milliarden-Umsätze mit Pestiziden, die krebserregend sind oder Bienen vergiften. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pi [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 3FAOSTAT (o.D.): Pesticides Use. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pj [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 4Boedeker, W. et al. (2020): The global distribution of acute unintentional pesticide poisoning: estimations based on a systematic review. BMC Public Health 20, 1875, doi: 10.1186/s12889-020-09939-0.
- 5INKOTA / MISEREOR / Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2020): Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pk [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 6Ramirez-Rubio, O. et al. (2013): An epidemic of chronic kidney disease in Central America: an overview. Postgraduate Medical Journal 89 (1049), doi: 10.1136/postgradmedj-2012-201141rep.
- 7BVL (2020): Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pl [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 8a8bINKOTA / PAN-Germany / Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2021): Doppelstandards und Ackergifte von Bayer und BASF – Ein Blick hinter die Kulissen des internationalen Handels mit Pestizidwirkstoffen. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pv [letzter Zugriff am 03.05.21].
- 9PAN Germany (2013): Niederschrift zum Gespräch über die schrittweise Beendigung der Vermarktung hochgefährlicher Pestizide. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pm [letzter Zugriff am 13.04.21].
- 10Marcos Orellana in seinem Brief vom 09.02.2021 an die deutsche Bundesregierung. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pp [letzter Zugriff am 19.04.21].
- 11Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/23988: Gefährliche Pestizidexporte stoppen – Internationale Abkommen zum Schutz vor Pestizidfolgen stärken. Online: www.kurzelinks.de/gid257-pq [letzter Zugriff am 19.04.21].

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 257 vom Mai 2021
Seite 13 - 15